

# ELTERN GEGEN DROGEN

## AUS DEM INHALT

<b>KRASSER VERSTOSS DES BERNER GEMEINDERATES GEGEN ÜBERGEORDNETES BUNDESRECHT</b>	<b>1</b>
<b>KOKAIN: DIE LANGZEIT- WIRKUNG IST VERHEEREND</b>	<b>2</b>
<b>EDITORIAL</b>	<b>3</b>
<b>NEIN ZU FIXERRÄUMEN</b>	<b>4</b>
<b>NEIN ZU EINEM FIXERRAUM IN THUN</b>	<b>4</b>
<b>NEIN ZU EINEM FIXERRAUM IN LUZERN</b>	<b>5</b>
<b>DIE ABSURDITÄT KENNT KEINE GRENZEN</b>	<b>6</b>
<b>KIFFEREI WIRD ZUR SCHÜLERSEUCHE</b>	<b>7</b>
<b>TROTZ STRAFANZEIGE FINDET HANFMESSE STATT</b>	<b>8</b>

IN EINER DEMOKRATIE GESCHIEHT LETZTLICH DAS, WAS DAS VOLK IN SEINER MEHRHEIT MEINT UND WILL. WAS ES ABER MEINT UND WILL HÄNGT VON DEN INFORMATIONEN AB, DIE IHM VERMITTELT ODER VORENTHALTEN WERDEN.

PROF. DR. M. KRIELE, KÖLN

## KRASSER VERSTOSS DES BERNER GEMEINDERATES GEGEN ÜBER- GEORDNETES BUNDESRECHT

Im April 2005 hat der Berner Gemeinderat eine Broschüre zur Cannabispolitik der Stadt Bern mit Eckwerten und Massnahmen herausgegeben. Darin stehen folgende brisanten Forderungen, an die sich alle Direktionen zu halten haben:

- *«Der Gemeinderat der Stadt Bern verfolgt eine pragmatische, unter den Direktionen abgestimmte Cannabispolitik mit dem Ziel, weiche und harte Drogen zu trennen sowie Cannabiskonsumierende nicht unnötig zu kriminalisieren.»*
- *Er unterstützt nach wie vor die in der gescheiterten Betäubungsmittelgesetzrevision enthaltenen Bestrebungen, Konsum und Handel von Cannabis unter bestimmten Voraussetzungen zu legalisieren.*
- *Menschen mit problematischem Konsumverhalten steht ein spezifisches, ihren Bedürfnissen entsprechendes Beratungs- und Hilfsangebot zur Verfügung. Cannabis konsumierende Jugendliche werden angehalten, ihren Konsum so anzupassen, dass sie nicht wesentliche Teile ihrer Ausbildung verpassen.*

- *Der Gemeinderat unterstützt im Rahmen seiner Möglichkeiten alle Bemühungen, den Handel, Anbau und Konsum von Cannabis unter bestimmten Bedingungen zu entkriminalisieren, wie das der Bundesrat 2004 in der Revision des Betäubungsmittelgesetzes vorgesehen hatte.»*

### KOMMENTAR VON «ELTERN GEGEN DROGEN» ZUR CANNABISPOLITIK DER STADT BERN:

Auch wenn die Mehrheit der Berner Gemeinderäte mit der nationalrätlichen Drogenpolitik nicht einverstanden ist, bleibt das Parlament gesetzgebende Behörde. Damit unser Rechtsstaat funktionieren kann, müssen die Entscheidungen des Gesetzgebers respektiert und die Gesetze durchgesetzt werden. So darf es nicht sein, dass Cannabiskonsumenten systematisch anders behandelt werden als andere Straftäter. Damit wird eindeutig gegen übergeordnetes Bundes- und Kantonsrecht verstossen. Als Exekutivbehörde ist der Gemeinderat der Stadt Bern nicht befugt, die Strafverfolgungsbehörden zu einem Laissez-faire-Verhalten Cannabiskonsumenten gegenüber anzuhalten.

Dass die negativen Folgen von Cannabiskonsum gerade für die Jugend verheerend sind, gehört mittlerweile zum Allgemeinwissen. Die ideologisch begründete Cannabispolitik einiger Berner Gemeinde- und Stadträte entspricht deshalb schon lange nicht mehr der heutigen Realität und sollte endlich dieser angepasst werden.

# KOKAIN: DIE LANGZEITWIRKUNG IST VERHEEREND

**In den kommenden Jahren werden Zehntausende Kokser depressiv, herzkrank oder impotent. Es drohen enorme Gesundheits- und Sozialkosten.**

Der Kollaps kam am Montagmorgen gegen neun Uhr. Auf dem Gang vor seinem Büro klappte Erwin Suter (Name von der Redaktion geändert), 34, zusammen. Krämpfe schüttelten seinen Körper, er war schweissnass, sein Puls raste. Die Sanität war innerhalb von zehn Minuten vor Ort. Suter hatte Glück. Er überlebte. Auf seiner Krankenakte im Berner Inselspital vermerkte der Arzt: akute Kokain-Vergiftung.

«Es Herzchriesi!» habe der Suter gehabt, erzählten die Kollegen in der Bankfiliale später. «Alle vermuteten Überarbeitung», sagt Suter. «Ich war bekannt als Workaholic.» Aber der geschiedene Banker hatte das Wochenende weder durchgearbeitet, noch war er auf Partytour gewesen. «Ich sass nonstop vor dem Fernseher. Allein mit Rotwein und einer Tüte Kokain. Wie meistens in den letzten Monaten.»

Kokain ist heimtückisch. Bei jahrelangem Missbrauch kippt die Wirkung - Euphorie, Energie, Tatendrang - ins Gegenteil. Dennoch bleiben selbst regelmässige Konsumenten wie Erwin Suter relativ lange unauffällig. Das Umfeld schiebt das veränderte Verhalten auf Stress im Beruf oder in der Beziehung. Zu den sozialen Problemen gesellen sich die gesundheitlichen: Depressionen, Herzrhythmus-Störungen, Erschöpfungszustände, Impotenz.

«Das Ausmass der Spätfolgen», sagt Daniel Meili, bis vor kurzem Chefarzt des Therapie- und Beratungszentrums Arud Zürich, «wird erst langsam sichtbar. In den nächsten Jahren werden immer mehr Langzeituser den Boden unter den Füssen verlieren. Wenn man jetzt nichts unternimmt»,

sagt Meili, «kommen gewaltige Gesundheits- und Sozialkosten auf uns zu.» Wie hoch sie sein werden, wagt niemand zu prognostizieren. Selbst bei der Anzahl aktueller Konsumenten sind Fachleute auf Schätzungen angewiesen. Sie vermuten rund 200'000, von denen gegen 15% in Kürze gravierende Probleme bekommen werden. Laut Meili ist eine gesamtschweizerische wissenschaftliche Studie dringlich. Zuständig wäre das Bundesamt für Gesundheit (BAG), das «die Problematik verschlafen und verschleppt hat und jetzt reagieren sollte», fordert Meili. In Bern sieht man indes keinen Handlungsbedarf. «Das vorhandene Geld wird dringender gebraucht für Prävention im Bereich Alkohol und Tabak», sagt Markus Jann, Bereichsleiter Drogen beim BAG.

## Der Unmut wächst

Christian Buschan, Drogenfachmann beim Bundesamt für Polizei (Fedpol), meint: «Repräsentative Polizeidaten zum Langzeitkonsum fehlen. Ich verstehe nicht, warum der Bund noch nie eine wissenschaftlich fundierte Polizei- und Konsumenten-Befragung in Auftrag gegeben hat.» Konsumenten zu finden, meint Buschan, sei einfach. Im Ausgang könnte er jedes Mal mindestens zwanzig Personen bezeichnen, denen man durch ihr überdrehtes Verhalten den Konsum anmerke.

Die tödliche Einzeldosis liegt bei 1 bis 1,2 Gramm reinem Kokain. «Dabei», so Peter-Xaver Iten, Leiter der Forensischen Toxikologie der Universität Zürich, «spielt es keine Rolle, ob diese nasal, intravenös oder über die Lunge aufgenommen wird.» Wenn das Herzkreislauf-System durch jahrelangen Konsum geschädigt ist, genügt unter Umständen weniger. Die älteste Kokain-Tote auf Itens Seziertisch letztes Jahr war 47 Jahre alt. Die Zahl der über 45-Jährigen, die eine der seltenen Hilfsrichtungen aufsuchen, wächst stetig. Vor einem Jahr eröffnete in Zürich das auf Substanzkonsum spezialisierte medizinische Zentrum Gain. Oberarzt Lars Stark sagt: «Es sind Managertypen, und ihr Abstieg verläuft immer gleich. Erst sinkt die Arbeitsleistung ra-

pid, und ihr soziales Gefüge zerfällt. Dann klappen sie zusammen.»

Erwin Suter erholt sich nach seinem Zusammenbruch in einer privaten Klinik in den USA. Offizieller Grund: Burnout.

Ruth Brüderlin, Facts, 25. Januar 2007

## KOMMENTAR:

In diesem in Facts am 25. Januar 2007 veröffentlichten Artikel wird (endlich einmal!) Alarm betreffend den wuchernden Kokainkonsum geschlagen. Zitiert wird Daniel Meili, bis vor kurzem Chefarzt des Therapie- und Beratungszentrums Arud, mit dem Satz: «Das Ausmass der Spätfolgen wird erst jetzt langsam sichtbar...» und «... (es) kommen gewaltige Gesundheits- und Sozialkosten auf uns zu.» Schamvoll wird indessen verschwiegen, dass **Arud** die Abkürzung für **Arbeitsgemeinschaft für den risikoarmen Umgang mit Drogen** ist. Diese Arbeitsgemeinschaft behauptete jahrelang, dass man gefahrlos Drogen konsumieren könne. Die späte Einsicht, dass dem nicht so ist, kommt nach Hunderten von Toten und Tausenden von verpuschten Leben.

Auch die Krankenkassen sollten sich vielleicht einmal mit diesem Problem befassen und den Prämienzahlenden Auskunft geben, wie viele Drogensüchtige sie haben, damit diese auch die freie Wahl haben. Ausserdem sollten alle Kosten endlich einmal transparent gemacht werden.

Bei der 1. Kontrolle, bei der im Kanton Baselland gleichzeitig Drogen und Alkohol getestet wurden, war das Verhältnis praktisch 1:1. Seither hört man nichts mehr von Drogentests. So wird es den Befürwortern des Drogenkonsums leicht gemacht zu behaupten, Alkohol und Zigaretten seien an allem schuld. Hier wäre noch zu vermerken, dass Cannabis um ein vielfaches krebserregender ist als Tabak. Davon erfahren wir auch nichts vom Bundesamt für Gesundheit und von Herrn Jann, dessen Aufgabe es eigentlich wäre, Gegensteuer zu geben.

Fortsetzung siehe Seite 3

Es wäre auch einmal sinnvoll, die so genannten «Burnouts» zu hinterfragen, besonders wenn es sich um Personen handelt, die sich für die Legalisierung von Drogen einsetzen.

Wir hatten lange eine de facto Legalisierung von Drogen und haben sie in einzelnen Städten und Regionen immer noch. Die Wirkung ist verheerend. So kann es nicht weitergehen.

Dr. Alexandra Nogawa, Basel



## MEDIEN-NOTIZ:

### DEUTSCHE REGIERUNG LÄSST CANNABISPRODUKTE NICHT ALS MEDIZIN ZU

Berlin, Deutscher Bundestag, 20.11.2006: Die Bundesregierung sieht keinen Anlass, Cannabis zu Therapiezwecken zuzulassen. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schreibt die Regierung, für Cannabisprodukte fehle weiterhin der wissenschaftlich eindeutige Nachweis, dass sie therapeutisch wirksam seien. Das Bundesverwaltungsgericht hatte in einer Entscheidung vom 19. Mai 2005 die Möglichkeit eröffnet, in Einzelfällen Cannabis als Therapiemittel einzusetzen. Das Gericht sah in der medizinischen Versorgung ein öffentliches Interesse, das in Einzelfällen durch den Einsatz von so genannten nicht verschreibungsfähigen Betäubungsmitteln wie Cannabis gedeckt werden könne.

## EDITORIAL



Wir fragen uns, wie lange es noch dauern wird, bis die letzte Politikerin, der letzte Journalist die Zusammenhänge zwischen Drogenkonsum und Gewalt wahrnehmen werden. Solange zum Beispiel in der Stadt Bern sogar Stadträtinnen das Kiffen verharmlosen, ja sogar propagieren und Jugendlichen Kifferkurse angeboten werden, obschon Hanffreunde mit Werbekarten zugeben, dass nach Cannabiskonsum «alles an meinem Arsch vorbei geht», kann die Situation für die öffentliche Sicherheit der Bevölkerung nur noch schlimmer werden. Auch finden geldgierige, skrupellose Drogendealer immer neue Wege, um unsere Gesetze zu umgehen.

So wird trotz Anzeige wegen illegalem Handeln und Anstiften zu illegalen Taten auch in diesem Jahr im BEA-Areal in der Stadt Bern die «Drogenhanfmesse» stattfinden. Utensilien für den Drogenschmuggel und ganze Pflanzungsanlagen mit Lampen, sowie Dünger zur Erhöhung des Rauschgiftgehaltes THC werden angeboten. Ausländische Standbetreiber geben selber zu, dass nirgends auf der Welt, ausser in der drogenfreundlichen Schweiz, eine solche Messe bewilligt werde.

Auch der Handel mit Heroin und vor allem mit Kokain blüht wie sonst in keinem anderen Land. Schliesslich brauchen die Benützerinnen und Benützer der Fixerräume mindestens zweimal täglich Drogennachschub, und die meisten Methadon- oder Heroinkonsumenten, die zu etwa 80% noch andere Drogen konsumie-

ren, wollen ihre Süchte befriedigen. Während der Mahnwache von «Eltern gegen Drogen» anlässlich der Feier «20 Jahre Fixerraum» teilte uns eine junge, süchtige Frau mit, dass sie wegen einer Psychose stationär in der Waldau lebe. Obschon sie höchst gefährdet sei auszurasen, kam sie nachmittags allein zum Fixerraum. Vorher hatte sie sich mit dem von der Fürsorge erhaltenen Kleidergeld vor der Reithalle Kokain besorgt.

Dass Drogen die Hemmschwelle für Gewalttaten senken und einige Substanzen geradezu aggressiv und gewalttätig machen, ist längst bekannt. Wo sind die Veröffentlichungen der Untersuchungsergebnisse von Urin- und Blutproben, welche nach Gewalttaten den Tätern hoffentlich abgenommen werden? Warum werden diese Resultate nicht an die Öffentlichkeit gebracht? Warum müssen Polizisten vor allem in den Städten Zürich und Bern einen von den links/grünen Politikerinnen und Politikern verpassten Maulkorb tragen? Haben wir nicht schon mit dem Platzspitz und dem Kocherpark genügend Erfahrungen sammeln können, wohin es führt, wenn Süchtige als Kundinnen und Kunden behandelt werden, obschon die Sucht ihre Freiheit und ihre freie Entscheidungsfähigkeit zerstört?

WIR SIND ÜBERZEUGT, DASS NUR EINE SCHO-  
NUNGSLOSE AUFKLÄRUNG  
DER ZUSAMMENHÄNGE  
ZWISCHEN DROGEN UND  
GEWALT UND DANACH  
ENTSPRECHENDE PRÄVEN-  
TIVE MASSNAHMEN EINE  
BESSERE LEBENSQUALITÄT  
IN UNSEREN SCHWEIZER  
STÄDTEN BRINGEN KANN.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung «Eltern gegen Drogen»

# NEIN ZU FIXERRÄUMEN

In der Schweiz wäre es dringend nötig, dass finanzielle Mittel für Präventionsprojekte und vor allem für abstinenzorientierte Therapien bereitgestellt würden. Seitdem den Süchtigen überall niederschwellige Angebote wie Heroinabgabe, Fixerräume usw. zur Verfügung stehen, haben diese die Verantwortung für ihr eigenes Leben und einen eigentlichen Lebenssinn aufgegeben und vegetieren von der Sucht getrieben dahin. Dies macht uns betroffen und traurig. Wir verstehen nicht, warum in der Drogenpolitik auf Nachhaltigkeit verzichtet wird! Schweden, das in den 70er Jahren ebenfalls eine liberale Drogenpolitik umgesetzt hat, korrigierte diese negativen Auswirkungen, schloss Fixerräume usw. und betreibt heute erfolgreich drogenfreie Gefängnisse und Therapien mit bis 80% Heilungserfolg. Die UNO-Drogenkontrollbehörde beanstandet die wenig wissenschaftlichen Auswertungen der Schweizer Heroinabgabe und die Fixerräume, die sich nur eine sehr reiche Gesellschaft überhaupt leisten könne. Doch davon wird in unseren Medien leider selten berichtet. **Tatsache ist, dass die Institution Fixerstübli die Sucht der drogenabhängigen Menschen unterstützt und die Drogendealer geradezu anzieht.** Die Polizei steht vor einer kaum zu lösenden Aufgabe: Einerseits muss sie die Bevölkerung vor kriminellen Drogenhändlern schützen und Drogenkonsumenten anzeigen, andererseits müssen diese auf dem Schwarzmarkt ihre Betäubungsmittel kaufen. In Bern zum Beispiel wurde das Fixerstübli als Erste-Hilfe-Projekt geschaffen, um süchtige Menschen stabilisieren zu können. Unterdessen ist daraus eine feste Institution geworden mit riesiger Infrastruktur und 13 Vollzeitstellen. Für ungefähr 300 Drogenabhängige werden jährlich 9 Millionen Franken Steuergelder aufgewendet, und der Ausstieg aus der Sucht wurde als Ziel aufgegeben. Die Sogwirkung des Fixerraumes ist gross,

darum verlangen die Betreiberinnen und die links/grüne Stadtregierung einen zweiten Raum. Auch Thun wird unter Druck gesetzt; dort soll für die Berner Oberländer Drogensüchtigen ein Fixerraum eröffnet werden. Ob schon der Fixerraum in Bern nicht in einem Wohnquartier betrieben wird, sind die Belästigungen für die Gewerbetreibenden unhaltbar. Deshalb schliessen das Sportgeschäft Bächli, der Coiffeursalon Gidor, die Fahrschule Schüpbach und das Restaurant Sole ihre Tore, Nachmieter sind kaum zu finden. Aus menschlich-ethischer, aber auch aus gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Sicht müssen Fixerräume abgelehnt werden.

Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen»

## NEIN ZU EINEM FIXERRAUM IN THUN

Was in Bern offenbar 1989 aus welchen Gründen auch immer politisch nicht möglich schien, ist in Thun gelungen! Der öffentliche Raum ist durch die dosiert repressive Aktion Marathon und die bereits bestehenden niederschweligen Angebote wie Spritzenabgabestellen, Sozialhilfe usw. von offenen Drogenszenen wirksam entlastet worden. Lassen wir uns diesen Erfolg nicht durch haltlose Schuldzuweisungen der Berner Drogenanlaufstelle alias Fixerstube vergällen, welche ihre eigenen über 10 Jahre alten politischen Versprechen nicht einhält:

- Die anfänglich versprochene klare Regel, dass nur Stadtberner bedient würden, wird aufgrund der Kantonsfinanzierung heute nicht durchgesetzt. Das Berner Problem mit den Lausanner, Thuner und anderen Drogentouristen könnte sofort gelöst werden, wenn die Stadt Bern bereit wäre, die Kosten für ihre Anlaufstelle auch selber zu tragen!
- Das rechtlich höchst fragwürdige Konstrukt Anlaufstelle als einer staatlich finanzierten Einrichtung für illegale Substanzen

hat den Ausstieg aus der Drogensucht erschwert. Die offenbar ständig wachsende Nachfrage spricht für sich selbst.

- Wie zum Beispiel die kürzliche Süchtigenansammlung vor der Berner Reitschule zeigt, ist die Berner Anlaufstelle selber ein Magnet, welcher in seinem Umfeld den offenen Drogenhandel fördert.
- Die Verantwortung für die szenenfördernde Wirkung der Berner Anlaufstelle nun einfach den Regionen ohne Anlaufstelle in die Schuhe schieben zu wollen, hat deshalb einen neurotischen Beigeschmack.
- Offene Szenen als Störer der öffentlichen Sicherheit und Magnet für jugendliche Suchtsteiger konnten bis heute nur durch angemessene Polizeieinsätze verhindert werden.

Der Thuner Stadtrat hatte im Juni 2005 die Schaffung einer Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenabhängige abgelehnt. Der inzwischen alte Gemeinderat überschätzte sich kurz vor Amtsablauf mit einem «Thun sagt Ja zu einer Anlaufstelle». Die Bedarfsanalyse dazu beginnt mit der unbegründeten Behauptung, Schadensminderung sei wirksam und die Region Thun in diesem Bereich unterversorgt – und nimmt damit im ersten Satz vorweg, was sie zu analysieren vorgab: nämlich den Bedarf. Die Frage nach dem Zweck einer Drogenanlaufstelle wird mit dem Gesundheitszustand der Süchtigen beantwortet. Die Süchtigenbefragung der Bedarfsanalyse rückt einen weniger romantischen Zweck in den Vordergrund: Die bereits bestehenden Fixerstüblis in Bern und Biel üben eine Sogwirkung auf Drogentouristen aus, weil der illegale Drogenhandel in ihrer unmittelbaren Umgebung staatlich geduldet wird. Der städtische Gesundheits- und Suchtbeauftragte räumt ein, auch ein Fixerstübli in Thun funktioniere nur bei örtlich toleriertem Drogenhandel. Dasselbe sagen Thuner Kunden des Berner Fixerstüblis. Dies zeigt, dass der eigentliche Zweck eines Fixerstüblis die Wiedereinführung eines illegalen Drogenhandels im öffentlichen Raum ist - mit all seinen Folgeerscheinungen wie z.B. Be-

schaffungskriminalität, Verslum-  
mung der Innenstadt und Sogwir-  
kung aufs Berner Oberland.  
Unsere Regierung auf allen Stufen  
ist aufgerufen, die Ausgaben für  
die vier Säulen Prävention, Thera-  
pie, Schadenminderung und Re-  
pression nach dem Kosten-/Nut-  
zen-Prinzip auszurichten! Vor-  
allem für Schadenminderung gibt  
Contact jährlich 9 Mio. CHF kan-  
tonale Steuergelder aus und hat  
Appetit, diese Millionen zu meh-  
ren: Mit neuen Fixerstüblis in  
Thun und im Berner Jura. Weil die  
Fixerstüblis und Heroinabgaben in  
Bern und Biel den illegalen Dro-  
genmarkt ankurbelten, sollen die  
Nachbarn Thun und Berner Jura  
von der Berner Verwaltung  
«wohlwollend» in denselben  
Schlamassel gezogen werden.  
Während bei der Prävention die  
Förderung von Lebenskompetenz  
im Zentrum steht, betreiben die  
drei Säulen Therapie, Schaden-  
minderung und Repression ledig-  
lich Symptombekämpfung. In der  
überproportionalen Unterstüt-  
zung der Säule Schadenminde-  
rung unter anderem mit Fixer-  
stübli kommt die staatliche Ver-  
harmlosung der Drogensucht zum  
Ausdruck, die die Jugend in einer  
falschen Sicherheit wiegt und sie  
zu einem sorglosen Umgang mit  
Suchtmitteln verführt.

Dr. David Külling, Thun

## NEIN ZU EINEM FIXERRAUM IN LUZERN

Am 11. März 2007 wird in Luzern  
über die Initiative «Kein Fixerraum  
in Wohnquartieren» abgestimmt.  
In monatelanger Arbeit hat eine  
Elternguppe Material gesammelt,  
um den geplanten Fixerraum zu  
verhindern. Mit dem Fixerraum  
will der Stadtrat den Drogenkon-  
sum in einem geschützten Raum  
erlauben. Diese Drogen müssen  
vorgängig illegal bei einem Dealer  
gekauft und illegal zum Fixerraum  
getragen werden.

### Fixerraum setzt illegalen Dro- genkauf voraus

Wer einen Fixerraum besucht,

muss vorgängig die Drogen illegal  
beschaffen und verstösst damit  
gegen das Betäubungsmittelge-  
setz. Mit einem Fixerraum werden  
jene Drogensüchtigen unterstützt,  
welche sich keiner stationären  
oder ambulanten Behandlung un-  
terziehen wollen, obwohl es neun  
verschiedene Angebote für Dro-  
gensüchtige in der Stadt Luzern  
gibt.

### Stimmberechtigte lehnten Fi- xerraum ab

Zwischen 1992 – 1994 wurde  
probeweise ein Fixerraum im  
Stadthaus geführt. Gegen den  
Entscheid des städtischen Parla-  
mentes, den Fixerraum endgültig  
weiterzuführen, wurde das Refe-  
rendum ergriffen. Die Stimmbere-  
chtigten der Stadt Luzern haben  
den Fixerraum im Stadthaus abge-  
lehnt.

Mit derselben Taktik, wieder mit  
einem Pilotprojekt, wollen der  
Stadtrat und die Mehrheit des  
städtischen Parlamentes einen Fi-  
xerraum für randständige, meist  
langjährige und schwerstabhän-  
gige Drogenkonsumenten im  
Geissmättli einrichten. Das 18-  
monatige Pilotprojekt kostet die  
Steuerzahlenden von Stadt und  
Kanton Luzern Fr. 642'000.00.

### Fixerraum zieht Drogenhänd- ler an

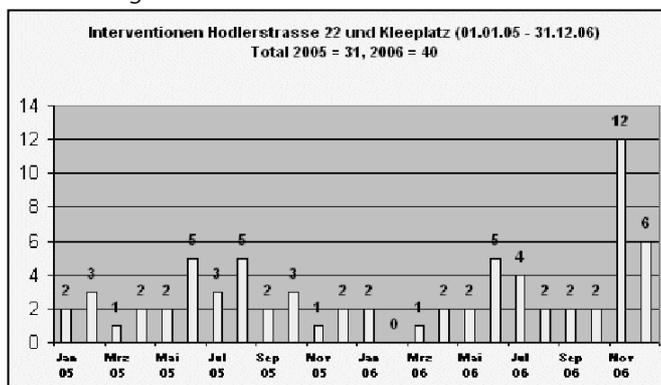
Das Bundesgericht hat in einem  
Entscheid festgehalten, dass es  
einer allgemeinen Erfahrung ent-  
spreche, dass der Betrieb eines  
Gassenzimmers sowohl Drogen-  
abhängige als auch Drogenhänd-  
ler anziehe. Drogenkonsum und  
Drogenhandel seien Erscheinun-  
gen, die in der näheren Umge-  
bung eines Gas-  
senzimmers na-  
turgemäss be-  
obachtet wür-  
den. Sie seien un-  
mittelbar auf den Be-  
trieb eines Lokals  
der erwähnten  
Art zurückzuföh-  
ren. Die der Dro-  
genszene ange-  
hörenden Perso-  
nen suchten in  
der nächsten Umgebung eines  
Gassenzimmers jene Orte aus, die  
für ihre Bedürfnisse günstige Ver-  
hältnisse böten.

### Fixerraum nicht entlang von Schulwegen und nicht in Wohnquartieren

Die betroffenen Anwohnerinnen  
und Anwohner haben in einer Pe-  
tition gegen den geplanten Fixer-  
raum im Wohnquartier in nur vier  
Tagen über 400 Unterschriften  
gesammelt. Der Petition an den  
Stadtrat lag ein von 45 Kindern  
unterzeichnetes Schreiben bei, in  
dem sie den Sozialdirektor baten,  
den Fixerraum ausserhalb eines  
Wohnquartiers zu betreiben. Der  
Stadtrat hat die Petition abge-  
lehnt.

### Beeinträchtigung der Lebens- qualität der Anwohnerinnen und Anwohner

An einer kürzlich durchgeführten  
Podiumsdiskussion zur Initiative  
wurde von Ines Bürge, gemäss  
Contact-Jahresbericht 2005 Mit-  
glied des Geschäftsschusses und  
der Fachgruppe Risiko- und Scha-  
densminderung der Stiftung Con-  
tact Bern, behauptet, dass ein Fi-  
xerraum keine Beeinträchtigung  
der Lebensqualität der Anwohne-  
rinnen und Anwohner zur Folge  
habe. Das widerspricht jeglicher  
Realität: Wenn man berücksich-  
tigt, dass während den Öffnungs-  
zeiten des Fixeraumes in Bern  
dauernd 1 – 2 Securitas-Ange-  
stellte vor dem Eingang für die  
Einhaltung eines einigermaßen  
geordneten Ablaufs postiert sind,  
dann zeigt die folgende Graphik  
mit Angaben, wie oft die Stadt-  
polizei Bern in den Jahren  
2005/2006 an die Hodlerstrasse  
und den Kleeplatz ausgerückt  
sind, nur die extremsten Aus-  
wüchse des Fixerbetriebs:



Weitere Informationen unter:  
[www.fixerraum.ch](http://www.fixerraum.ch)

# DIE ABSURDITÄT KENNT KEINE GRENZEN

Selbstbewusst schlagen sich die staatlichen Drogenbosse auf die Brust und fördern landauf landab die Fixerstübli. Ein Grossteil der Bevölkerung weiss aber nicht, was da genau abgeht. Ich nahm an einem offenen Informationsabend über einen neuen Fixerraum in Luzern teil. Nachstehend meine Eindrücke.

## Die selbsternannten Drogenexperten

Wenn etwas in der Welt aus den Fugen gerät, sind die Experten nicht weit. Sie berufen sich dann auf andere Gutachten oder am liebsten auf eigene Ideologien. Ein Fixerraum ist nie das Werk eines Einzelnen, es ist das Ergebnis einer Konferenz aus den Bereichen Soziales, Sicherheit, Justiz und Suchtfachfrauen. Dann wird ein interdisziplinäres Projektteam geschaffen das dann ein detailliertes Konzept ausarbeitet. Die Konzepte schweizweit beinhalten überall die gleichen Lügen. Vereinzelt werde wieder Drogenkonsum im öffentlichen Raum wahrgenommen, darum sei der Fixerraum nötig und bringe eine deutliche Entlastung. Der unkontrollierte Konsum von Kokain und Heroin berge für die Bevölkerung einige Risiken. Vor allem durch herumliegende Spritzen und Nadeln drohe eine Ansteckung mit HIV, Hepatitis oder andere Infektionskrankheiten. Deshalb sei ein niederschwelliger Drogenkonsumraum nötig. Das Personal Sorge dann für einen hygienischen Umgang mit Spritzen und versorge die Drogenabhängigen medizinisch. Der unkontrollierte Drogenkonsum gefährde die Gesundheit der Abhängigen stark, es entstünden ernsthafte Krankheiten, die nur im Fixerraum präventiv angegangen werden könnten. Gesundheitskosten könnten durch eine medizinische und menschliche Betreuung gesenkt werden. Sogar mit der Bundesverfassung wird argumentiert: «Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen» BV Art. 7. Auch die

Präambel muss erhalten. Nicht mit dem Anfang, sondern dem Schluss, dass «die Stärke des Volkes sich misst am Wohle des Nächsten». Das Betreuungsangebot ist umfassend mit Cafeteria und preisgünstigem Abendessen, überwachtem Injektions- und Inhalationsraum, medizinischem Pflegedienst, psychosozialer Betreuung, Umtausch von Spritzen und Nadeln, Abgabe von Injektionshilfematerial, Abgabe von Präservativen, niederschwelligen Freizeitangeboten, externer Begleitung, Besuchen und Triagen (Angebot K&A Fixerstube in Bern). Die Drogenabhängigen werden nicht zum Ausstieg angehalten, sondern zum Drogenkonsum. Sie bringen ihre Drogen selber mit und können dann im warmen Fixerstübli kiffen, spritzen, sniffen was sie wollen. Der Notfall ist abgedeckt, Reanimation und Überleben bis zum nächsten Schuss gewährleistet. Natürlich sind die Aussagen nur positiv, die Erfahrungen gut. Alles haben die Sozialmensen im Griff, Securitasleute sorgen für Ordnung vor der Institution, Dealer gibt es weit und breit keine. Der Staat unterstützt mit Steuergeldern den illegalen Drogenhandel und richtet Todesstübli für die abhängigen Menschen ein. Das sind Tatsachen, leider vom Volk verdrängt!

«WO DROGENABHÄNGIGE VERKEHREN, WIRD GEDEALT UND KONSUMIERT. DIES IN ALLEN EINRICHTUNGEN, SEI ES VERDECKT IN DEN EINRICHTUNGEN SELBER, SEI ES IN DEREN DIREKTEN UMGEBUNG.»

(PUNKT 3.3 KONZEPT STADT LUZERN SEITE 7).

## Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Ich erzähle die Situation vom Fixerraum in Bern an der Hodlerstrasse. In nächster Umgebung zur Reitschule, hat sich dort eine Szene entwickelt, die einem rechtsfreien Raum gleicht. Vor den Augen der privaten Sicherheitsleute wird mit allen Drogen gehandelt. Dies stellt auch eine Kantonsregierung fest, die in ihrer

Argumentation folgendes aussagt. «Wo Drogenabhängige verkehren, wird gedealt und konsumiert. Dies in allen Einrichtungen, sei es verdeckt in den Einrichtungen selber, sei es in deren direkten Umgebung» (Punkt 3.3 Konzept Stadt Luzern Seite 7). Die Aussagen der Verantwortlichen Leiterin des Fixerraumes in Bern, beschönigt in rosaroten Worten die reale Situation. Die Polizei wird nur in absoluten Notfällen gerufen, ihre Möglichkeiten sind auch eingeschränkt. Die Staatsgewalt kastriert sich selber, wird doch der Fixerraum, wo alle illegalen Drogen konsumiert werden, von Steuergeldern finanziert. Die Absurdität kennt keine Grenzen. Mit der so genannten Überlebenshilfe werden sämtliche Gesetze ausgehebelt. Ein Buschauffeur der Linie 20 erzählte mir seine Eindrücke, wenn er vor dem Rotlicht an der Hodlerstrasse warten muss.

Da werden öffentlich Drogen angeboten, gekauft und auch konsumiert, beim Erscheinen der Polizei ist die Reitschule nur ein paar Meter entfernt. Dort ist ein sicherer Hort für die Dealer. Wenn ich die drogensüchtigen Menschen anschau, mit ihnen spreche, springt mir das Elend in die Augen. Es gibt nur einen Ausdruck für den Zustand dieser Menschen: Hoffnungslos! Ihnen wird die sozialistische, humanistische Barmherzigkeit der gottesfernen Gutmenschen zum Verhängnis. Sie sehen keinen Ausweg, der Staat hat ihnen versprochen, mit grossen Plakaten «jeder schafft einmal den Ausstieg»!

So gehen sie mit müden Schritten ins Fixerstübli, konsumieren was das Zeug hält, leben von einem Tag zum anderen, mit der Restwärme einer Gesellschaft, die froh ist, wenn sie dort sind. Was die Bürger und Bürgerinnen nicht mehr vor Augen haben, interessiert sie auch nicht mehr. Das Drogenproblem haben die Experten ja im Griff und erledigen ihren Job erfolgreich. Was sagen die drogenabhängigen Menschen dazu? Nichts, sie sind gestorben oder ohne Hoffnung!

Nationalrat Christian Waber, Präsident des Dachverbandes absinzenorientierte Drogenpolitik

# KIFFEREI WIRD ZUR SCHÜLER- SEUCHE - DIE FOLGEN DER JAHRELANGEN VERHARMLOSEREI

Die Bildungsdirektion müsste sich mal Gedanken darüber machen, ob Drogenprävention auch ein Thema wär.

Unsere Schüler kiffen wie noch nie. Längst hat diese Volksseuche auch Fünft- und Sechstklässler angesteckt. Eltern, die finden, es sei vielleicht nicht so gut für die Entwicklung ihrer Sprösslinge, wenn diese so jung anfangen Cannabis zu konsumieren, müssen sich vorwerfen lassen, sie seien die Hinterletzten von Vorgestern: «Mami, das isch hüt normal. Das mached underdesse-n-all!» bekommen sie von ihrem Nachwuchs zu hören und dazu gleich eine Aufzählung, welche Kollegen aus den besten Familien der Stadt in der Schule auch paffen, als wäre es nicht mehr verboten.

RÜHREND, DASS DIE ELTERN-  
GENERATION IMMER NOCH  
DAS ALTE «HASCHISCH-  
HARMLOS-MÄRLI» GLAUBT  
UND NICHT SIEHT, DASS DIESE  
SOZIALHILFE-ASPIRANTEN DIE  
GLEICHEN SIND, VON DENEN  
MAN SAGT, DASS SIE UNS  
EINMAL DIE AHV ZAHLEN  
WERDEN.

## Da staunt der Laie...

Suchtpräventionsfachleute bestätigen, dass die jungen Schweizer punkto Cannabiskonsums Europameister sind. Der Trend ist aber im Ausland nicht anders und gilt auch für den Alkoholmissbrauch. Für diese Entwicklung liegt eine schöne Erklärung parat: Der Druck auf die Schüler habe in den letzten Jahren stark zugenommen. Wegen der Sparmassnah-

men wächst die Grösse der Klassen, was dazu führe, dass die Lehrer gestresst und die Schüler überfordert seien. Das ist für manche Kinder offenbar Grund genug, um zur Droge zu greifen. Es dauert eine Weile bis so einer im Unterricht auffällt, dann ist er auch schon kaum mehr für etwas zu begeistern, checkt nichts mehr und ihm ist alles gleichgültig. Die Lehrer halten sich aus der Sache raus, da ein Eingreifen nur Arbeit und Ärger macht, und sie ohne die volle Unterstützung von Eltern und Schulpflege gar nichts korrigieren können. Die Schulbehörden spielen auf Zeit - hoffen darauf, dass es gelingt, die kleinen Suchthaufen durch die obligatorische Schulzeit zu seuchen, damit sich später andere Instanzen mit dem Problem abmühen können.

## Bapi, du häsch ja au...

Zugegeben; gekifft wurde auch schon, als die Eltern der Kifferkids noch selber zur Schule gegangen sind. Aber im Unterschied zu damals ist heute der Stoff stärker und ein wachsender Teil der Konsumenten gehört zur Sorte «Dumpfbacke»: Kinder, die von der Natur nicht gerade mit einem Überfluss an Hirnzellen ausgestattet worden sind und sich jetzt mit diesem Hobby auch noch das kleine Bisschen, das sie haben kaputt machen.

## Dümmer und stärker...

Früher waren es Studenten und Kantischüler, die als Edelkiffer glaubten, gegen die Leistungsgesellschaft zu protestieren. Und heute sind die Dorftrottel auch dabei. Mit entsprechenden Folgen. Hinzu kommt, dass vermehrt gleichzeitig gekifft und gesoffen wird und dann sind da noch ein paar andere Sachen wie Ecstasy/GHB, die den Ausgang zum besonderen Erlebnis machen. Am Wochenende herrscht das nackte Chaos. Am Montag haben diese Schüler (jedenfalls jene, die es am Morgen bis in die Schule schaffen) die grösste Mühe, wieder auf Normalbetrieb umzustellen. Rührend, dass die Elterngeneration immer noch das alte «Haschisch-harmlos-Märli» glaubt und nicht sieht, dass diese Sozialhilfe-Aspiranten die gleichen sind, von

denen man sagt, dass sie uns einmal die AHV zahlen werden. Niemand warnt, niemand handelt. Für die Drogenprävention in der Schule gibt es kein Konzept und für die kiffenden Schüler gibt es kein Programm, das verhindert, dass sie ganze Klassen zur Sau machen.



Bildungsdirektion und Erziehungsrat haben es in den letzten Jahren für sehr wichtig gehalten, Frühenglisch, Computer für Unterstufener und anderes Zeug einzuführen, abzuschaffen oder umzustellen, aber im neuen Volksschulgesetz gibt es nichts, was irgendwie etwas mit dem Thema Drogenprävention zu tun hat. Die verantwortlichen Damen und Herren hätten eigentlich schlechte Noten verdient für die einseitige Art und Weise, wie sie ihre Aufgaben machen.

Andi Streiff

## HERZLICHEN DANK

unseren Spenderinnen und Spendern, die mit ihrem Beitrag unsere Aktivitäten unterstützen, junge Menschen vor Drogenabhängigkeit zu bewahren und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit von Rausch- und Suchtmitteln sachgerecht zu informieren.

Spenden auf das

PC 30-7945-2

Schweizerische Vereinigung  
«Eltern gegen Drogen»  
Postfach 8302  
3001 Bern

sind jederzeit willkommen.

## **AN UNSERE MITGLIEDER UND WEITERE INTERESSENTEN:**

### **IHRE E-MAIL-ADRESSE**

Sind Sie daran interessiert, von uns periodisch über Aktivitäten und Aktualitäten in der Drogenpolitik informiert zu werden? Wenn Sie uns Ihre E-Mail-Adresse mitteilen, werden wir Ihnen inskünftig unsere neuesten Medienmitteilungen zustellen und Sie über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden halten.

### **DELEGIERTEN- VERSAMMLUNG DES DACHVERBANDES ABSTINENZORIENTIERTE DROGENPOLITIK**

Diese findet statt am **Samstag, 17. März 2007**, 10.00 Uhr, im Restaurant Dählhölzli, Tierparkweg 2, 3005 Bern. Interessentinnen und Interessenten sind dazu herzlich eingeladen.

### **ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG**

Nationalrat Christian Waber, Präsident des Dachverbandes abstinentorientierte Drogenpolitik, wird am **Samstag, 21. April 2007**, 11.00 bis 12.00 Uhr, im Hotel Kreuz, Saal Anker, Zeughausgasse 41, 3000 Bern, ein Referat halten zum Thema «Auswirkungen auf die Schweizer Drogenpolitik nach der Revision des Betäubungsmittelgesetzes». Interessenten und Interessentinnen sind herzlich dazu eingeladen.

## **TROTZ STRAF- ANZEIGE FINDET HANFMESSE STATT**

Auf die letztes Jahr im Anschluss an die Durchführung der 6. internationalen Hanfmesse Cannatrade auf dem BEA-Gelände in Bern von der Schweizerischen Vereinigung «Eltern gegen Drogen» eingereichte Strafanzeige betreffend rechtsfreier Raum und Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz hat die Stadt Bern immer noch nicht reagiert. Damit kann auch die diesjährige Hanfmesse definitiv stattfinden.



Feldschlösschen-Bierdosen zum Schmutzeln von Cannabis

Gemäss einem Artikel in der Berner Zeitung vom 5. Februar 2007, die ebenfalls bei einem Augenschein an der letztjährigen Cannatrade festgestellt hat, dass an der Messe nicht nur Hanfkleider und Equipment für den Privatanbau verkauft sondern auch unverhohlen gekifft wurde, schieben sich die bei der Durchführung Involvierten gegenseitig die Verantwortung zu: Zuständig für die Bewilligung ist die Gewerbepolizei. Doch diese bewilligt gemäss ihrem Chef Marc Heeb nicht den Inhalt einer Veranstaltung. Wie bei jeder Messe überprüfe die Gewerbepolizei «primär das Einhalten der feuerpolizeilichen Vorschriften». Natürlich dürfe die Cannatrade nicht gegen das Betäubungsmittelgesetz verstossen,

sagt Heeb. Für das Einhalten der Gesetze seien zuallererst die Standbesitzer verantwortlich. «Aber auch die BEA als Eigentümerin der Halle kann sich nicht ganz der Verantwortung entziehen.»

Das sieht Francine Thurnheer, Leiterin Kommunikation bei der BEA, komplett anders: «Wir sind nur zuständig für die Infrastruktur.» Die Bewilligung sei «grundsätzlich» Sache der Gewerbepolizei – darunter falle auch der Inhalt der Messe. «Erhält ein Veranstalter die Bewilligung, vermieten wir ihm unsere Räume.»

Es ist unerklärlich, dass sich die Stadt Bern so viel Zeit lässt, um auf die Strafanzeige gegen die Cannatrade wegen Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz zu reagieren. Der Verdacht liegt nahe, dass sie damit ihrer, ebenfalls gegen übergeordnetes Recht verstossenden «Cannabispolitik der Stadt Bern» (siehe Leitartikel dieser Ausgabe) nachlebt. Dass offensichtliche Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz von ihr widerspruchslos hingenommen werden, offenbart eine abtossende Toleranzpolitik. Die Berner Stadtbehörden haben offensichtlich noch nicht gemerkt, dass Toleranz immer auf Kosten der Schwächeren geht und die Voraussetzung für skrupellose Geschäftemacher bildet, zulasten von wirtschaftlich und sozial Randständigen ihr Bankkonto zu äufnen.

Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen» (nach einem Artikel in der Berner Zeitung, 5. Februar 2007)

### **IMPRESSUM**

#### *Herausgeberin:*

Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen»,  
Postfach 8302, 3001 Bern  
eltern\_g\_drogen@bluewin.ch  
www.elterngegendrogen.ch  
PC 30-7945-2

#### *Redaktionsteam:*

Dr. med. Theodor Albrecht  
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa  
Sabina Geissbühler-Strupler

#### *Layout:*

Christine Gross,  
adm\_gross@hispeed.ch